

# Die Spitze des Eisbergs, von unten

Neuer Anlauf zur Aufklärung der Morde an Bety Cariño und Jyri Jaakkola in Mexiko



Gut vier Jahre ist es her, dass Jyri Jaakkola und Bety Cariño ermordet wurden. Er, der Finne, und sie, die Mexikanerin, begleiteten als MenschenrechtsbeobachterInnen eine humanitäre Karawane auf dem Weg in die autonome Gemeinde San Juan Copala in Oaxaca, als plötzlich das Feuer auf sie eröffnet wurde. Jyri und Bety starben, etliche wurden verletzt, viele irrten auf der Flucht tagelang durch die Wälder. Der Tross wollte lediglich Lebensmittel und Medikamente in den seit einem halben Jahr von Paramilitärs („UBISORT“) belagerten Ort bringen. Der damalige Gouverneur des Bundesstaats, Ulises Ruiz, war dagegen. Die Paramilitärs exekutierten. Ein einfacher Fall für die Gerichte. Eigentlich. Doch weiterhin steht niemand vor Gericht. Und die Geschichte wiederholt sich, mit ungesühnten Morden in anderen Teilen Oaxacas und ganz Mexikos. Im Juni waren die grünen Europaabgeordneten Satu Hassi und Ska Keller erneut vor Ort, um auf ein emblematisches Durchbrechen der allgemeinen Straflosigkeit im Falle Jyri/Bety zu dringen. Konfrontiert wurden sie mit vielen neuen Menschenrechtsverbrechen. Und mit Behörden, die versprechen, vergessen, verlagern, vertagen.

VON GABY KÜPPERS

**G**erechtigkeit für Jyri ist Gerechtigkeit für Bety“, sagte Bety's Witwer Omar Esparza vor vier Jahren. Anders ausgedrückt: Nur wenn die Mörder eines Ausländers verurteilt werden, könne auch der gewaltsame Tod einer Mexikanerin bestraft werden. Wie selbst das UN-Menschenrechtsbüro in Mexikos Hauptstadt unumwunden zugibt, beträgt die Straflosigkeit im Land 98-99 Prozent. Opfer von Menschenrechtsverletzungen und deren Angehörige werden vom Staat allein gelassen. Die Gefängnisse sind überfüllt, aber nicht mit rechtmäßig verurteilten StraftäterInnen. Unter Präsident Peña Nieto, der 2012 die PRI (*Partido Revolucionario Institucional*) nach zehnjähriger Abstinenz zurück an die zuvor über 70 Jahre lang gehaltene Regierung brachte, steigt die Mordrate weiter. Die schwindelnd hohe Zahl der Angriffe auf MenschenrechtlerInnen wird unvermindert immer höher. Um genau zu sein: Seit Peña Nietos Amtsantritt wurden bereits mehr Angriffe gezählt als in den sechs Jahren seines Vorgängers Calderón. Im April 2014 hatte Omar Esparza die Untätigkeit der Regierung satt. Zwar ist der Doppelmord Jyri/Bety in Mexiko ein sehr bekannter Fall. Auch machten die internationalen Implikationen die Behörden immer mal wieder nervös. Aber es geht nicht voran. So begann Bety's Witwer Omar zum vierten Jahrestag des Doppelmordes zusammen mit

Freunden einen Hungerstreik vor der Generalstaatsanwaltschaft in der Hauptstadt. Seine Forderung: Den Versprechen endlich Taten folgen lassen. Die Justiz hat bislang wenig eigene Ermittlungen angestellt, stattdessen aber ausführlich und gerne an die internationale Öffentlichkeit gerichtet die Komplexität des mexikanischen Justizsystems erläutert. In der Praxis bedeutete dies ein Abschieben der Verantwortlichkeit an die jeweils andere Instanz, einmal Richtung Bundesstaat, einmal Richtung Föderation. Beim Regierungswechsel 2012 ist ein weiteres Mal alles institutionelle Wissen über Bord gegangen – Pingpong, bis der Ball weg war. Das Übergangsteam hatte im Oktober 2011 das Gegenteil versprochen. Schnee von gestern.

Jedes Mal, wenn sich seit April 2010 der Druck von außen erhöhte, stellte sich flugs ein Fortschritt im Verfahren ein. Im Mai 2011 wurde vor Ankunft des Menschenrechtsausschusses des Europäischen Parlaments Rufino Juárez, der Chef der UBISORT, festgenommen, zwar nicht wegen Mordes an Jyri und Bety, aber immerhin. Im September 2012 wurden vor einer Reise der Europaabgeordneten Satu Hassi und Ska Keller mehr als zehn Haftbefehle gegen Verdächtige ausgestellt. 2013 erhielten die beiden konkrete Zusagen für Zeugenschutz. Umgesetzt wurde einzig der Haftbefehl gegen Rufino Juárez – weil der schon saß. Mehr ist nicht passiert.

Daher begann Omar, öffentlich zu hungern. Neben sich ein großes Transparent, das die Fotos und Namen der per Haftbefehl Gesuchten und angeblich Unauffindbaren öffentlich macht. Fast alle kann man ergoogeln. Einige werben per Facebook für sich, etwa mit einer AK-47 im Anschlag. Mehrere haben bezahlte Gemeindeämter in Oaxaca inne, einer erhält ein Stipendium vom mexikanischen Staat. Nach zwei Wochen medialer Aufmerksamkeit für den verzweiferten Witwer waren die Behörden zu Gesprächen bereit. Nun gibt es wieder Versprechen, aber diesmal mit Protokollen und Zeitplänen. In dieser Konjunktur hakten Mitte Juni Satu Hassi und Ska Keller nach. Satu Hassi, scheidende Europaabgeordnete und ab jetzt vor allem Stadträtin im finnischen Tampere – der Stadt, in der Jyri aufwuchs –, stellte den Regierungs- und JustizvertreterInnen auf nationaler und Bundesstaatsebene Ska Keller, die frischgekürtc Vizevorsitzende der grünen Europafraktion, als ihre Nachfolgerin bei der Beobachtung des Falles Jyri und Bety vor. Eine Abschiedsreise wäre den Behörden lieber gewesen. Normalerweise wäre die Akte längst geschlossen. Zu heikel die Frage, wer mit wem unter einer Decke steckt. Wobei sich im Laufe der Jahre die Zahl der auch indirekt Mitschuldigen erhöht, sei es durch absichtliches Verschleppen von Verfahren, durch aktives Wegsehen, sei es durch Versetzen von Zuständigen.

Im Jahr 2010 war Ulises Ruiz PRI-Gouverneur in Oaxaca. Viele würden ihn heute gern im Gefängnis sehen. International bekannt wurde er 2006, als er am 14. Juni mit Polizeigewalt das historische Zentrum Oaxacas räumen lassen wollte, in dem die Mitglieder der kritischen Lehrgewerkschaft *Sección 22* protestierten. Die LehrerInnen schlug die Polizei zurück. In den folgenden Tagen und Monaten rebellierte die Stadt, es kam zur Gründung der APPO (Volksversammlung Oaxacas) gegen die autoritäre Regierung Ulises Ruiz, die mit Repression auf die Proteste reagierte. Einziges ausländisches der rund 20 Todesopfer war der US-Fotograf Brad Will (von Indymedia). Nur sein Fall wurde verfolgt.

Just an diesem 14. Juni marschierten zum achten Jahrestag des Aufstands wieder Tausende durch die Straßen Oaxacas, um die ausstehende Bestrafung der Schuldigen zu fordern. Eine Neugründung der APPO ist möglich.

Seit 2012 heißt der Gouverneur Gabino Cué, dessen Regierungskoalition alle Parteien außer der PRI enthält. Die Allianz ist prekär. Gabino Cué enttäuschte bislang und wird als schwach angesehen. 2016, so sehen es alle voraus, wird die PRI in den Gouverneurspalast zurückkehren. Schlüsselministerien hat sie bereits inne, im Parlament ist sie oft Regierung und Opposition zugleich.

Oaxaca ist ein armer Bundesstaat. Vom florierenden, aber weitgehend totgeschwiegenen Drogen-, Waffen- und Menschenhandel und etwas Tourismus einmal abgesehen, finanziert er sich wesentlich durch den aus der Hauptstadt geschickten Etat. Rund 100 000 Staatsangestellte, drei Viertel davon Lehrer, werden allein davon bezahlt, aber eben auch Straßen und andere Infrastruktur. Deswegen ist es so wichtig, wer in den Gemeinden das Sagen und damit Zugang zu den Töpfen hat. Ob eine Straße dann wirklich asphaltiert wird oder ob das Geld in Stimmen- und Waffenkauf geht, kontrolliert niemand. Genau aus diesem Grund gehen die Parteien, eigentlich Fremdkörper, in die indigenen Gemeinden. Ohne Rücksicht auf Verluste.

So auch in San Juan Cotzocón, in der Sierra Norte. Die 2500 dort lebenden *Mixe-Indígenas* wählten am 1. Dezember 2013 ihren Bürgermeister neu. Die Frauen wählten erstmals – nach geltendem indigenen Recht mit erhobener Hand. Der PRI-Kandidat Gorgonio Tomás Mateos erkannte seine Niederlage nicht an und baute eine Parallelregierung auf. Im Mai eskalierte der Konflikt in der Gemeinde. Gorgonios Parteigänger drangsalieren die Frauen, die anders gewählt hatten („Warum hast du überhaupt gewählt?“). Sie warfen sie aus Sozialprogrammen, dann brachten sie einige von ihnen unter fadenscheinigen Vorwänden ins Gefängnis. Sie begannen die Frauen zu vergewaltigen. „In unseren Häusern versteckt, sahen wir María Teresa die ganze Nacht auf der Straße liegen. Wir wussten nicht, ob sie tot war“, erzählt uns Angélica (\*) weinend in Oaxaca-Stadt. María Teresa, nach stundenlanger öffentlicher Vergewaltigung durch mehrere Männer im Koma, konnte erst am Morgen von den Frauen geborgen und versorgt werden. Fortan verließen viele Frauen und ihre Familien ihre Häuser nicht mehr. Tagelang blieben sie ohne Nahrungsmittel und Wasser. Am 11. Juni dringen Polizeikräfte in den Ort ein. Gorgonios Leute schießen. Mindestens neun Menschen sterben. In der Nacht zum 14. Juni fliehen die ersten 100 Menschen, darunter 35 Frauen und 15 Kinder, nach Oaxaca-Stadt, kommen in einem vom Ombudsman errichteten Lager notdürftig unter. Geschwächt erzählen uns die Frauen am Nachmittag ihre Erlebnisse. Eine Frau bricht mitten in der Schilderung ohnmächtig zusammen. Sie hat ihre drei Kinder zurückgelassen. Verzweiflung auf allen Gesichtern.

Anders als in San Juan Copala ist in Cotzocón kein Ausländer betroffen. Ohne Druck von außen haben die Opfer keine Hoffnung auf Gerechtigkeit. Sie blicken auf uns. Ein Griff nach dem Strohalm Europa.

Weder der Konflikt in San Juan Copala noch der in Cotzocón sind Einzelfälle. Die virulentesten Konfliktherde sind in

\* Namen geändert

Mexico inzwischen – wie in ganz Lateinamerika – Bergbau und Energiegewinnung. 160 Konflikte in 24 Bundesstaaten wurden bis Februar 2014 gezählt. Bergbau-, Wasser- und Windkraftprojekte werden auf den Weg gebracht, ohne die betroffenen Gemeinden zu konsultieren – und ohne Entschädigungen zu zahlen.

Rogelia González, Menschenrechtsverteidigerin, ist vom Isthmus gekommen, dort wo Windräder zu Hunderten stehen. Rogelia eröffnete zusammen mit anderen ein Haus für indigene Frauen, die Opfer sexueller Gewalt wurden. Die Unterkunft ist prekär, ohne Wasser und Strom. Sie baten die Windparkbetreiber um eine Stromleitung – im Namen der sozialen Unternehmensverantwortung, die es ja geben soll. Keine Antwort!

Die Betreibergesellschaften von Wasserkraftwerken sind nicht besser. Am 13. Juni

fand in Puerto Escondido eine Anhörung mit dem Ombudsman von Oaxaca statt, in der unter anderem das Kraftwerkvorhaben Paso de la Reina am Pranger stand. Selbst die örtliche Diözese lehnt es wegen Menschenrechtswidrigkeit ab.

Am gleichen Tag, als ganz Mexiko im Bann des Spiels ihrer Männerfußballmannschaft gegen Kamerun stand, schlug der mexikanische Senat die Pflöcke der allgemeinen Energiereform ein. Fast unbemerkt verhandelte er dessen Rückgrat, eine Neufassung des

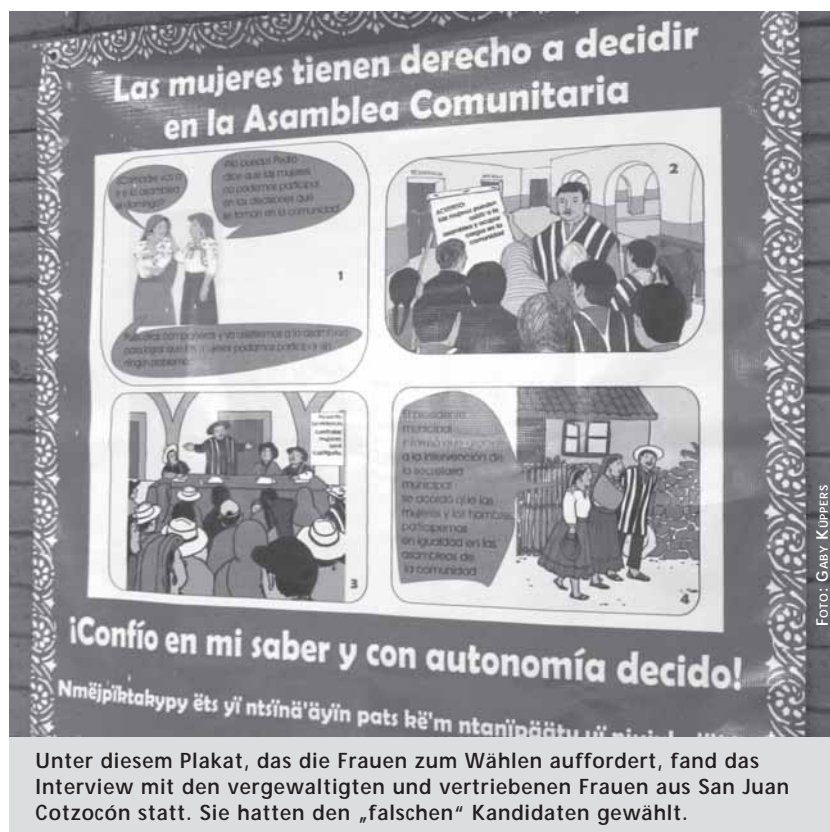
Gesetzes über fossile Brennstoffe, mit entscheidenden Änderungen in letzter Minute. Tritt es in Kraft, dürfen internationale Investoren alles. Ihre Interessen gehen vor. Einspruchsrechte gegen Enteignungen seitens einheimischer Bauern und Bäuerinnen oder kommunaler Gruppen werden aufgehoben. Noch grummelt die PRD-PT-Opposition und droht mit Verfassungsklagen, auch wegen des Zeitpunkts der Verhandlung.

Die Marschrichtung ist indessen längst klar – für Bundesstaaten wie Oaxaca die Katastrophe schlechthin. Der Gemeinschaftsbesitz hat dort mit 75,73 Prozent des Bodens den größten Anteil. Die meisten indigenen Gemeinden wissen nicht, dass bereits acht Prozent des Bodens an Bergbaukonzessionen vergeben sind. Von den 35 Bergbauvorhaben sind derzeit zwei in Betrieb (San Juan del Progreso und El Aguila). Drei *compañeros* aus Magdalena Teitipac beschreiben den Widerstand ihrer Gemeinde gegen die Eröffnung einer weite-

ren Mine und ihre Aufklärungsarbeit in anderen vom Bergbau bedrohten Gemeinden. Es ist fast schon schrecklich selbstverständlich, dass sie per Haftbefehl gesucht werden. Dabei haben sie doch Recht! Ein *compañero* kommt aus Capulálpam, wo 200 Jahre lang Gold abgebaut wurde. Eine Schürfflaute Anfang der 90er-Jahre – und ein engagierter Anthropologe im Ort – ließen die BewohnerInnen nachdenken, was ihnen der Bergbau gebracht hat. Das Ergebnis: das Verschwinden der Landwirtschaft, Abhängigkeit vom Laden der Minenbetreiber, Verschuldung, Staublungen, verseuchtes Wasser. Schlussfolgerung: Nie wieder Bergbau! Bislang konnte die Gemeinde eine Wiederaufnahme der Goldförderung verhindern. Stattdessen lebt sie von vier kommunalen Unternehmen, die ihre Gewinne in Ausbildung und Infrastruktur steckt – damit die Jungen nicht abwandern in die

Armutsgürtel der großen Städte oder den schier aussichtslosen Weg in die USA auf sich nehmen.

Dazu ist dieser Weg oft tödlich. Im Gespräch mit den Europaabgeordneten wiesen VerteidigerInnen der Rechte von MigrantInnen auf die Zunahme von Gewalt gegen die außerdem immer jünger werdenden MigrantInnen, vor allem aus Zentralamerika, hin. Sexuelle Gewalt spielt eine immer größere Rolle. Auch Menschenrechtsverteidigerinnen sind dieser zunehmend ausge-



Unter diesem Plakat, das die Frauen zum Wählen auffordert, fand das Interview mit den vergewaltigten und vertriebenen Frauen aus San Juan Cotzocón statt. Sie hatten den „falschen“ Kandidaten gewählt.

setzt. Das Mitte 2012 in Kraft getretene Gesetz zum Schutz von MenschenrechtsverteidigerInnen funktioniert in keiner Weise (s. ila 376).

Seit Anfang Juni ist eine Karawane mit MigrantInnen zu Fuß von Ixtepec/Oaxaca in die Hauptstadt Mexiko D.F. unterwegs, begleitet unter anderem von Padre Solalinde, einem Priester, der sich dem Kampf für die Rechte der MigrantInnen verschrieben hat. Die TeilnehmerInnen sind zumeist ZentralamerikanerInnen, die bei ihrem Weg durch Mexiko ohne Papiere völlig rechtlos sind. Rund 22 000 von ihnen werden jährlich gekidnappt. Wer kein Lösegeld zahlt, stirbt. Wir sollen Padre Solalinde am letzten Tag treffen, aber der Termin wird abgesagt. Er ist zum Schutz der Karawane unentbehrlich. Zur Abreise bekommen wir von allen Seiten mit auf den Weg, dass ein riesiges Loch klafft zwischen dem Image des Rechtsstaats, das sich Mexiko im Ausland gibt, und der Realität. ■